

Christoph Möllers u.a.: "Autoritäre Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit"

Wie man Forschung und Lehre schützt

Von Paul Welch Guerra

Deutschlandfunk, Andruck, 14.09.2026

Wissenschaft, Forschung und Lehre sollen frei von staatlichen Eingriffen sein. So steht es jedenfalls im Grundgesetz. Dass diese Wissenschaftsfreiheit schon jetzt unter Druck geraten kann, ist bekannt. Unter einer autoritären Regierung würden weitere Schwierigkeiten dazukommen. Die Juristen Christoph Möllers, Max Lenz und Nils Weinberg haben sich Gedanken darüber gemacht, wie man Wissenschaft und Forschung schützen kann und welche Schritte dazu schon im Vorfeld notwendig sind.

Die Möglichkeit einer AfD-Machtübernahme in Bundesländern wie Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern hat an vielen deutschen Universitäten konkrete Fragen aufgeworfen: Wie gut ist die Wissenschaft auf autoritäre Angriffe von rechts vorbereitet? Und welche Maßnahmen lassen sich kurzfristig umsetzen, um Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit abzuwehren? Genau hier setzt das Buch der Rechtswissenschaftler Christoph Möllers, Max Lenz und Nils Weinberg an – akribisch recherchiert und präzise. Es basiert auf einer von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Studie und dürfte auch über Fachkreise hinaus interessieren, weil es den Anspruch erhebt, konkrete Abwehrstrategien herausarbeiten:

„Angesichts der autoritären Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit rekonstruiert die vorliegende Studie Grenzen der Zulässigkeit politischer Interventionen in wissenschaftliche Institutionen und prüft zugleich, ob und auf welche Art und Weise es angeraten erscheint, deren Autonomie durch Reformen des wissenschaftsrechtlichen Regelwerkes zu stärken.“

Gleichzeitige Distanz und Nähe zum Staat

Schon hier zeigt sich ein strukturelles Dilemma, das erklärt, warum die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit für alle Beteiligten ein Drahtseilakt ist:

„Die eigentümliche Position der Wissenschaft in Deutschland besteht, [...], in ihrer gleichzeitigen Distanz und Nähe zum Staat. Sie muss einerseits autonom agieren, um freie Forschung und Lehre zu ermöglichen, und ist andererseits auf den Staat, der sie fördert und organisiert, angewiesen.“

Christoph Möllers, Max Lenz, Nils Weinberg

Autoritäre Bedrohungen der Wissenschaftsfreiheit

Wallstein Verlag

203 Seiten

20,00 Euro

Auflösen, so die Autoren, lässt sich diese Nähe nicht. Doch es gelte sie „juristisch und politisch kleinzuarbeiten“, womit das Programm des Buches gut umschrieben ist.

Während das erste von insgesamt fünf Kapiteln das Verhältnis von Wissenschaft und Politik beleuchtet, stecken die Autoren im zweiten Kapitel den grundgesetzlichen Rahmen ab, der die Wissenschaftsfreiheit schützen soll. Als Achillesferse der Wissenschaftsinstitutionen erweist sich die Finanzierung. Landesregierungen haben nicht nur weitreichende Möglichkeiten Hochschulen ökonomisch auszutrocknen, das Grundgesetz gibt Ihnen auch ein Veto-Recht, wenn Bund und Länder sich auf die Budgets von wissenschaftlichen Projekten und Organisationen übergeordneter Bedeutung einigen müssen:

„Im Ergebnis heißt dies, dass ein Bundesland die Hochschullandschaft in der gesamten Bundesrepublik beeinträchtigen kann. Das ist ein geradezu fahrlässig riskanter Umstand, der einer schnellen Anpassung bedürfte. (Der einfachste Weg bestünde darin, Satz 2 des Art. 91b Abs. 1 GG zu streichen)“.

Vergleich der Landeshochschulgesetze

Im dritten Kapitel vergleichen die Autoren u.a. die Landeshochschulgesetze aus Bayern, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt auf ihre Anfälligkeit für autoritäre Bedrohungen – und zeigen dabei Schwächen wie Positivbeispiele auf. Für Wissenschaftler in Sachsen-Anhalt dürfte es angesichts des Wahlsieges der AfD ein Lichtblick sein, dass ihr Landeshochschulgesetz in vielen Vergleichsdimensionen gut abschneidet: Als einziges Land verzichtet es z.B. auf Notstandsbefugnisse, mit denen sich Hochschulorgane entmachten lassen. Wie missbrauchsanfällig solche Befugnisse sind, zeigt sich in Nordrhein-Westfalen:

„Bei Zahlungsunfähigkeit oder drohender Zahlungsunfähigkeit der Hochschule kann das Ministerium staatliche Beauftragte bestellen oder ein Haushaltssicherungskonzept auferlegen. [...] Die Zahlungsunfähigkeit kann das Land selbst herbeiführen, indem der Haushaltsgesetzgeber schlicht zu wenige Mittel vorsieht. Eine autoritäre Landesregierung erhielte damit ein zweistufiges Instrument: Erst kann sie eine fiskalische Notlage verursachen – mit dem großen Spielraum des Haushaltsgesetzgebers, [...], um die Hochschulverwaltung sodann durch Beauftragte folgerichtig zu übernehmen. Der Beauftragte erscheint im Gewand der Rettung.“

Im vorletzten Kapitel werden die im Verlauf des Buches identifizierten Bedrohungen systematisiert. Dass die Autoren grundsätzlich von der AfD und ihrem Wahlprogramm abstrahieren, schadet der Präzision der Analyse nicht. Genauso wenig stört der Umstand, dass der (inzwischen realistisch gewordene) Extremfall einer autoritären Regierungsübernahme nur zweitrangig behandelt wird. So bleibt viel Raum für die Betrachtung von Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit, die schon heute Schaden im akademischen Normalbetrieb anrichten, etwa die Politisierung von Förder- und Einstellungskriterien oder der politische Druck auf Universitätsleitungen, Proteste und kontroverse Vorträge in Räumen der Hochschule zu unterbinden.

Keine Pflicht zur politischen Neutralität

Möllers, Lenz und Weinberg enden mit einer Reihe von Gegenstrategien. So plädieren sie einerseits dafür, wissenschaftliche Verfahren zu entpolitisieren, andererseits dafür die

Wissenschaft politisch zu mobilisieren. Auch, weil Wissenschaftsinstitutionen nicht zu politischer Neutralität verpflichtet sind.

„Der Kampf für Autonomie der Wissenschaft kann selbst ein politisches Anliegen werden – und wichtig ist es, die wissenschaftlichen Institutionen und ihre Angehörigen für dieses Anliegen zu mobilisieren.“

Mit diesem Buch an der Hand lässt sich der Drahtseilakt, die Wissenschaft gegen ihre Einhegung zu verteidigen, zweifellos besser bewältigen.